

Erscheinungsweise:  
Täglich mit Ausnahme  
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:  
a) im Anzeigenteil:  
die Seite 20 Goldpfennige  
b) im Reklamenteil:  
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen  
kommen 50% Zuschlag

Für Plakatschriften  
kann keine Gewähr  
übernommen werden

Gerichtsstand  
für beide Teile ist Calw

# Calwer Tagblatt

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw

Bezugspreis:  
In der Stadt 40 Goldpfennige  
wöchentlich mit Trägerlohn  
Post-Bezugspreis 40 Gold-  
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-  
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt  
besteht kein Anspruch auf Lieferung  
der Zeitung oder auf Rückzahlung  
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheele  
Druck und Verlag  
der A. Oelschläger'schen  
Buchdruckerei

Nr. 96

Montag, den 27. April 1931

Jahrgang 104

## Die Agrarpolitik vor dem Reichskabinett Um die Zollforderungen der Landwirtschaft — Die Bedeutung des selbständigen Mittelstandes

U. Berlin, 26. April. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett setzte in seiner Samstag-Sitzung unter Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichsbaupräsidenten die Verhandlungen über das vorgesehene Arbeitsprogramm fort. Zur Erörterung standen insbesondere die auf agrarpolitischen Gebiet zu treffenden Maßnahmen. Es ergab sich dabei die Notwendigkeit, Einzelheiten noch zunächst in Besprechungen der in Frage kommenden Ministerien zu klären. Auf Grund dieser Ergebnisse werden die Beratungen des Kabinetts in dieser Woche weitergeführt werden.

In Ergänzung der amtlichen Mitteilung über die Kabinettsitzung am Samstag erfährt die „Telegraphen-Union“ von unterrichteter Seite, daß die Vorlagen des Reichsernährungsministers zum Erlaß von Ausführungsverordnungen auf Grund des Ermächtigungsgesetzes lediglich allgemein durchgeprochen worden sind. Heute nachmittag finden zwischen den beteiligten Ministerien Besprechungen statt. In der nächsten für Dienstag in Aussicht genommenen Kabinettsitzung sollen die Agrarfragen zum endgültigen Abschluß gebracht werden.

Zu dem Programm des Reichsernährungsministers, das das Kabinett zur Zeit beschäftigt wird bekannt: Die beiden wesentlichen Punkte sind die Erhöhung des Fleischezolls und besonders des Butterzolls. Von der ersten Maßnahme verspricht man sich auch in Kreisen des Reichsernährungsministeriums keine außergewöhnliche Milderung der Preislage auf dem Schweinemarkt, aber doch eine gewisse und in den Grenzgebieten auch sicher fühlbare Entlastung. Dasselbe gilt für die hiermit im Zusammenhang stehende Aufhebung der Zölle für Speck und Schmalz. Im Vordergrund steht noch der Butterzoll, dessen Erhöhung in agrarischen Kreisen als unter allen Umständen erforderlich bezeichnet wird, weil die Butter- und Milchproduktion jetzt besonderen Schutz erfordert. In Kreisen des Reichsernährungsministeriums verheißt man sich nicht, daß eine Erhöhung des Butterzolls gewisse handelspolitische Schwierigkeiten ergeben würde, weil in erster Linie für Finnland ein Kontingent von 5000 Tonnen zum Zoll von 50 RM. gesichert bleiben würde und Dänemark und Holland, bis zu einem gewissen Grad auch Schweden, trotz etwaiger Zollerhöhungen auf Grund der

Meistbegünstigung ebenfalls Anspruch auf ein solches Kontingent erheben könnten.

Reichsfinanzminister Dietrich über Finanz- und Wirtschaftspragen.

Reichsfinanzminister Dietrich sprach am Sonntag vor dem Berliner Kartell des selbständigen Mittelstandes über die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Der Reichsfinanzminister hat u. a. betont, er wolle nicht verhehlen, daß alles im Zusammenhang mit der großen Frage gehen werden müsse, wie sich das Reparationsproblem entwickeln werde und lösen lasse. Wenn die deutsche Kapitalbildung nicht ausreiche neben Reparationszahlungen den Bedarf des Inlands zu decken, dann sei die erste Voraussetzung zu einer wirklichen Genesung die Neuordnung der Reparationslasten. Weiter forderte der Minister den Abbau der Bauwirtschaft und die Verwendung der Hauszinssteuer für Zwecke der Gemeinden, weil vielfach Wohnungen gebaut würden, die den Mietersubventionen gar nichts nützen. Er bemängelte, daß in Deutschland für etwa 20-30 Milliarden Industrie- und Wohnungsbauten zu überhöhten Sätzen hergestellt worden seien, und daß daraus eine Belastung der Gesamtwirtschaft von 6-7 Milliarden Mark entstanden sei.

Der Minister ging in seinen Ausführungen auch auf das Kapitel „Kapitalismus und Bolschewismus“ ein und führte aus: Der westeuropäische Kapitalismus kann sich gegen den Bolschewismus nicht dadurch halten, daß er ständig größere Kapitalkonzentrationen schafft, sondern nur dann, wenn neben dem Großkapital eine breite Mitte mittlerer und kleinerer Existenzen erhalten und wieder geschaffen wird, die, gestützt auf ein mehr oder weniger beträchtliches Vermögen, ausschlaggebender Faktor im Kampfe gegen die Bolschewisierung ist.

Keine Milderung der Gehälter der oberen Reichsbahnbeamten.

Zu der Nachricht, der Reichsverkehrsminister beabsichtige, einen Gehaltserhöhungsvorschlag zur Milderung des Reichsbahngesetzes vorzulegen, um zu erreichen, daß die Gehälter der oberen Reichsbahnbeamten noch weiter gesenkt werden, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß im Reichsverkehrsministerium von einem solchen Gehaltserhöhungsvorschlag nichts bekannt ist.

## Zollabkommen und Rußland-Verträge Zustimmende Stellungnahme des Reichsverbandes der Deutschen Industrie Neue Verhaftungen wegen Werkspionage

U. Berlin, 27. April. Das Präsidium und der Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie hielten unter dem Vorsitz des Geheimrats Dittberg eine Sitzung ab. Geheimrat Kraft sprach über die Stellungnahme der Industrie zur gegenwärtigen Wirtschaftslage und über die sich daraus ergebenden Aufgaben und Forderungen. Die einstimmige Auffassung ging dahin, daß zwar die bisherigen Erfolge der Reichsregierung in der Durchführung ihres Programms vom 30. September 1930 durchaus nicht verkannt werden, daß aber die in vielen Industriezweigen in den letzten Wochen eingetretene Verschlechterung der Lage gebieterisch eine Beschleunigung und eine Verschärfung der Reformen erfordert, wenn von ihnen noch eine rechtzeitige Wirkung erhofft werden soll. Abg. Fromm gab, unmittelbar vor seiner Abreise nach Washington, als Führer der deutschen Abordnung auf der Tagung der Internationalen Handelskammer eine Vorlesung über die auf der Tagesordnung dieser Veranstaltung stehenden Fragen.

Ein Bericht von Simons leitete die Erörterung der Frage einer deutsch-österreichischen Zollunion ein. Der Vorstand brachte hierbei einstimmig zum Ausdruck, daß die Industrie sich zur positiven Mitarbeit an den Verhandlungen zur Verfügung stelle. Die Industrie erwarte von der Reichsregierung, daß sie ihre gesamte Zoll- und Handelspolitik den durch den Vertrag über die Zollunion gegebenen großen und grundsätzlichen Richtlinien einordnet. Zu den zahlreichen Einzelfragen werde die Industrie zu gegebener Zeit Stellung nehmen. Sie richte an die Reichsregierung die Bitte, den einzelnen Industrien zur Neuerung und Stellung von Anträgen rechtzeitig Gelegenheit zu geben. Direktor Hans Kramer, der Vorsitzende des Rußland-Ausschusses, machte Mitteilungen über die letzten deutsch-russischen Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Industrie und Vertretern der sowjetrussischen Industrie bzw. der Handelsvertretung Berlin. Anschließend gab er einen kurzen Bericht über die Finanzierungsmöglichkeit des Geschäftes, die finan-

ziellen Verpflichtungen der Sowjetwirtschaft in Deutschland und beleuchtete den augenblicklichen Stand des deutschen Geschäftes und des Geschäftes der anderen Länder mit der UdSSR. Seine Ausführungen fanden die volle Zustimmung des Vorstandes.

### Werkspionage im Dienste der Sowjets

U. Berlin, 27. April. Die vor kurzem aufgedeckte Werkspionage in der heimischen Industrie zieht nach einer Meldung aus Frankfurt a. M. immer weitere Verhaftungen nach sich. Außer den bisher schon verhafteten Personen (Dienstbach, Steffen, Schmidt-Ludwigshafen) sind weitere 5 im Leinawerk bei Merseburg beschäftigte Arbeiter festgenommen, ferner ein leitender Ingenieur der Humboldt-Deutsche Motoren-WG. in Köln, der nachgewiesenermaßen gegen Bezahlung an Steffen Fabrikgeheimnisse verkaufte. Ferner wurden im Auftrag des Oberreichsanwalts kommunistische Funktionäre in Hamburg und Essen, die gleichfalls im Dienst der Berliner Spionagezentrale standen, verhaftet. Die Gesamtzahl der bisher festgenommenen Personen beträgt über 20. Dienstbach soll dem Untersuchungsrichter gegenüber fast zwei Dutzend Personen der Mitschuld an der Werkspionage beschuldigt haben. Eine große Zahl der Verdächtigen soll inzwischen gestrichelt sein, darunter auch der Ingenieur einer bekannten Maschinenfabrik in Ludwigshafen unter Mitnahme wichtiger gestohlener Geheimpläne.

### Das Ergebnis des Volksbegehrens

Der Stahlhelm meldet bisher 5,83 Millionen Eintragungen. U. Berlin, 27. April. Das Bundesamt des Stahlhelm teilt mit: „Die bisherigen Zählungen zum Volksbegehren (Landtagsauflösung) ergeben einwandfrei die Zahl von reichlich 5,83 Millionen Eintragungen. Einzelne Meldungen stehen noch aus. Das bedeutet mehr als eine halbe Million Mehrerschuß.“

## Tages-Spiegel

Das Reichskabinett setzte seine Beratungen über das vom Ernährungsminister vorgelegte Agrarprogramm fort; über die Zollforderungen konnte bisher eine Verständigung innerhalb des Kabinetts noch nicht erzielt werden.

Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nahm zum Reformprogramm der Reichsregierung, der Zollunion und den Rußlandverträgen in zustimmendem Sinne Stellung.

Der Völkerbundskommissar für Danzig hat die polnischen Forderungen auf Einflußnahme auf die Danziger Gerichtsbarkeit abgelehnt.

Der tschechische Finanzminister ist zu Verhandlungen über eine neue große Staatsanleihe in Paris eingetroffen.

Vom wirtl. Innenministerium wird festgestellt, daß die Aufwärtsbewegung der Gemeindefinanzen schon 1929 zum Abschluß gekommen ist. 1930 haben von den Gemeinden über 5000 Einwohnern nur 9, von den kleineren Gemeinden 476 ihre Umlage leicht erhöht.

## Gravina zu: Danziger Frage

Ablehnung der polnischen Forderungen.

U. Berlin, 27. April. Bezüglich des polnischen Vorstoßes gegen Danzig auf polizeiliche und vielleicht auch gerichtliche Einflußnahme hört man, daß der Völkerbundskommissar Gravina diese polnischen Forderungen bereits abgelehnt hat. Ob Polen nun fernerhin einen diesbezüglichen engeren oder erweiterten Antrag an den Völkerbund richtet, ist zweifelhaft. Jedenfalls liegt ein derartiger Antrag bis jetzt noch nicht vor. Er ist auch auf der Tagesordnung der nächsten Ratstagung nicht vorgesehen.

## Rußland und die Paneuropa-Konferenz

U. Kowno, 27. April. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat in einem Schreiben an das Außenkommissariat der Sowjet-Union zu den Beratungen über Punkt 3 der Tagesordnung (Wirtschaftsfragen) des Paneuropa-Konferenzen nach Genf eingeladen. In dem Schreiben wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Sowjetregierung nur zu den Beratungen über die Wirtschaftsfragen gezogen werden.

Außenkommissar Litwinow hat in seinem Antwortschreiben die Bereitwilligkeit der Sowjetregierung zum Ausdruck gebracht, an der Lösung der Weltwirtschaftskrise mitzuarbeiten, wenn auch die Sowjetregierung sehr unangenehm von der Tatsache berührt worden sei, daß sie von den Beratungen über die ersten beiden Punkte der Tagesordnung des Paneuropa-Konferenzen ausgeschlossen sei. Um aber nicht in die unangenehme Lage verwickelt zu werden, in Genf längere Zeit vergebens auf den Beginn der Beratungen über den dritten Punkt der T.O. warten zu müssen, ersucht Litwinow um die Mittelung des genannten Zeitpunktes, an dem die Beratungen über die ersten beiden Punkte abgeschlossen seien. Darnach werde die Abordnung der Sowjetregierung ihre Abreise einrichten.

## Der Handel um die Seeabrüstung

Englischer Kompromißvorschlag an Frankreich.

U. London, 27. April. Die englische Regierung ließ am Samstag der französischen Botschaft in London die Antwort auf die letzten französischen Flottenvorschläge zugehen. Eine Abschrift wurde auch der italienischen Botschaft übermittelt. Ueber den Inhalt der englischen Antwort wird noch Stillschweigen bewahrt, es heißt jedoch, daß die englische Denkschrift einen Kompromißvorschlag enthält.

In Paris verlautet, daß die Note eine in sehr höflicher Form gefasste Ablehnung des französischen Standpunktes darstelle. Sie enthalte angeblich gewisse englische Gegenanschläge, die jedoch der französischen Auffassung in keiner Weise gerecht würden. Eine Antwort aus Rom ist noch nicht eingelaufen. Auf Grund der italienischen Kommentare befürchtet man aber in Paris, daß Italien eine endgültig ablehnende Antwort geben werde.

## Dorfbrand in Oberösterreich

17 Gebäude niedergebrannt.

U. Linz a. Donau, 27. April. Der Ort Neufelden bei Linz an der Donau wurde von einem schweren Brandunglück heimgesucht. Im Hause eines Wäckermeisters brach Feuer aus, das von Haus zu Haus übergriff. 17 Häuser, darunter auch das Postamt und zwei Nebengebäude, lagen innerhalb weniger Stunden in Asche.

## Der Kampf gegen die Arbeitsnot

Bedenken der Wirtschaft zur Gutachterarbeit.

Der Hauptausschuß der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände beschäftigte sich mit den Vorschlägen des Brauns-Ausschusses zur Arbeitslosenfrage. Nach Ansicht des Hauptausschusses läßt das Gutachten „jede tiefgehende Untersuchung der eigentlichen Gründe der Arbeitslosigkeit und demzufolge auch die Beantwortung der entscheidenden Frage, inwieweit bei ihrer Durchführung eine Verschlimmerung dieser Gründe und damit eine Vergrößerung der Arbeitslosigkeit eintreten müsse, vermissen.“ Diese Behandlung lebenswichtiger innerdeutscher Probleme habe in allen Kreisen des Unternehmertums enttäuscht und Besorgnisse ausgelöst. Die vorgeschlagenen gesetzlichen Zwangseingriffe in die Gestaltung der Arbeitszeit müßten zu einer Verminderung der Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit der Betriebe führen und dadurch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit zur Folge haben. Der ungewöhnliche Ernst der Lage mache ferner einschneidende Reformmaßnahmen der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung unentbehrlich. Zusammenfassend forderte der Hauptausschuß erneut als allein zur Belebung der Wirtschaft und Behebung der Arbeitslosigkeit geeignetes Mittel: Befreiung der Wirtschaft von wirtschaftswidrigen Zwangseingriffen, entschiedene weitere Senkung aller Selbstkosten, insbesondere auch der öffentlichen und sozialen Abgaben und Belebung der Kreditlage durch eine Politik, die wieder im In- und Auslande das Vertrauen zu Wirtschaft und Staat und damit die Aussicht auf Rentabilität herstelle.

## Stiftungsfonds für das Reichs-Ehrenmal

II. Berlin, 26. April. Amtlich wird mitgeteilt: In Durchführung des Beschlusses der Reichsregierung über die Errichtung des Reichsehrenmals bei Verla fand am Freitag im Reichsministerium des Innern unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Wirth eine Besprechung mit den beteiligten Frontkämpferverbänden statt. Der Minister teilte mit, daß der Reichspräsident, dem der Landkreis Weimar das für die Errichtung des Reichsehrenmals bestimmte Gelände und das Land Thüringen einen im Laufe der Jahre gesammelten Geldbetrag zur Verfügung gestellt haben, die Errichtung einer Stiftung beabsichtigt, die mit der Schaffung und Erhaltung des Reichsehrenmals in Form des Ehrenhaines bei Verla betraut wird. Dem Vorsitz im Vorstand der Stiftung wird Staatssekretär Zweigert vom Reichsministerium des Innern übernehmen. Die Vertreter des Frontkämpferbundes nahmen von der Ansicht des Reichspräsidenten mit Dank Kenntnis und erklärten ihre Zustimmung zu der vorgesehenen Regelung.

## Unerlaubte Waffenverkäufe ins Ausland

II. Berlin, 26. April. Die von Berliner zuständige Stelle mitgeteilt wird, haben die Polizeibehörden ein Ermittlungsverfahren gegen die Berlin-Karlshorner Industriewerke wegen unbefugter Waffenverkäufe ins Ausland durchgeführt. Die Akten seien der Oberreichsanwaltschaft in Leipzig zugeleitet worden.

## Henderson zur Abrüstungsfrage

II. London, 26. April. Auf dem jährlichen Essen der Vereinigung der ausländischen Presse in London sprach der englische Außenminister Henderson. Er wies auf die große Bedeutung hin, die einem Erfolg der kommenden Abrüstungskonferenz zukomme. Ein Erfolg könne dazu beitragen, die wirtschaftliche Depression in der Welt zu beseitigen. Eine freundliche internationale Atmosphäre sei eine der besten Garantien für das Wohlergehen der Völker. Er begrüße es daher, daß die Entwaffnungsfrage Fortschritte (?) gemacht habe. Jedoch könne man nicht verkennen, daß der Geist des Mißtrauens und der Unsicherheit, der die alte Diplomatie erfüllt habe, noch nicht verschwunden sei. Er glaube, daß diese Stimmung erst beseitigt werden könne, wenn das Werk der Entwaffnung, das im Versailles Vertrag begonnen wurde, vollendet sei und die Nationen größeres Vertrauen zu den feierlichen Verpflichtungen des Völkerbunds gefaßt hätten.

Der Minister betonte, daß eine Regelung der französisch-italienischen Flottenverhandlungen von größter Bedeutung für die Abrüstungskonferenz sei, während ein Scheitern dieser Verhandlungen früher oder später den Wert des Londoner Vertrags zerstören werde. Englands Politik in dieser Frage sei typisch für die englische Außenpolitik. England habe teils als europäische Macht interveniert, um die europäischen Fragen regeln zu helfen, teils aber auch als außereuropäische Macht im Interesse des Weltfriedens zur Besserung der internationalen Beziehungen beigetragen.

## Kritische Lage in Portugal

— Lissabon, 26. April. Die portugiesische Regierung hat die Einberufung der Reservisten der Jahrgänge 1928 bis 1930 angeordnet, die etwa 50 000 Mann betragen. In politischen portugiesischen Kreisen wird dies als ein Zeichen der Furcht der Regierung vor einem Aufstand in Portugal angesehen. Die Regierung behauptet, daß es sich um eine Verstärkung der militärischen Kräfte an der spanisch-portugiesischen Grenze zur Unterbindung des Waffenschmuggels handle. Nach aus Lissabon eingetroffenen Meldungen kam es in Oporto bei einer Aufstandsbewegung gegen die Diktatur zu Zwischenfällen. Die Polizei sah sich gezwungen, von der Schusswaffe Gebrauch zu machen, wobei es mehrere Tote und Verletzte gegeben haben soll. Vier Fischdampfer wurden in aller Eile in Hilfskreuzer umgewandelt und nach Madeira entsandt, wo die Regierungstruppen immer noch nicht Herr der Lage geworden sind.

## Kleine politische Nachrichten

Die Klage der NSDAP. Baden vor dem Staatsgerichtshof. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich hat sich am Samstag mit der Klage der Landtagsfraktion der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei in Baden gegen das Land Baden befaßt, in der gefordert wird, die Verfassungswidrigkeit der Disziplinierung von Lehrern wegen ihrer Beteiligung an der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu erklären. Die Verhandlungen sind zunächst auf die Sachbeurteilung beschränkt worden.

Wieder ein polnisches Flugzeug über deutschem Gebiet. Wie vom Polizeipräsidium Gleiwitz mitgeteilt wird, überflog am Freitag mittag gegen 13.40 Uhr ein von Paulsdorf (Oberschlesien) kommendes polnisches Militärflugzeug in etwa 500 Meter Höhe die Stadt Hindenburg und entfernte sich in Richtung nach Paulsdorf.

Ehrung des österreichischen Seeresministers. Bundespräsident Miklas hat an den Seeresminister Vaugoin anläßlich des 10. Jahrestages seiner Berufung zum Seeresminister ein anerkanntes Handschreiben gerichtet und ihm gleichzeitig das große goldene Ehrenzeichen am Bande für Verdienste um die Republik verliehen. Am 28. April steht Vaugoin, der 57 Jahre alt ist, mit einer kurzen Unterbrechung 10 Jahre an der Spitze des Seeresministeriums. Das historische Verdienst Vaugoins bleibt die Reorganisation des österreichischen Seeres.

Ergebnisloser Verlauf der englisch-französischen Handelsbesprechungen. Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph meldet, daß die englisch-französischen Handelsbesprechungen keinerlei greifbare Ergebnisse gebracht hätten. Es bestehe wenig Hoffnung, daß irgendwelche Ergebnisse in Zukunft erzielt würden. Er bestätigt weiter, daß sich die Besprechungen nur auf die Graham'schen Vorschläge zur Verabreichung von Zöllen auf gewisse englische Waren um 25 v. H. bezogen hätten und daß ein Meinungsaustrausch über einen neuen englisch-französischen Handelsvertrag vermieden worden sei.

Regierungskrise in Norwegen. Wegen der Erteilung einer Konzession an die große norwegische Seifenfabrik Lilleborg durch die Regierung ist das Kabinett in eine kritische Lage gekommen. Der Protokollausschuß des Storting hat die Konzession abgelehnt, da durch sie ein ausländischer Trust großen Einfluß auf das Seifenfabrikationsgebiet in Norwegen erhält. Die Arbeiter- und Bauernpartei haben sich bereits gegen die Regierung ausgesprochen.

Die Unruhen in der Stadt Cawnpur. Die Morningpost veröffentlicht einen aufsehenerregenden Brief über die Vorgänge in Cawnpur in Indien. Die bemerkenswerten Einzelheiten, die bisher nicht aus Indien gemeldet werden durften, gipfeln in der Behauptung, daß entgegen den Pressemeldungen, die die Zahl der Todesopfer mit etwa 200 angeben, die tatsächliche Anzahl der Todesopfer gering geschätzt 2000 und die der Verwundeten 5000 betrage.

Englische Polizei im Kampf mit indischen Rebellen. Im Chagatmyo-Bezirk in Burma sind neue Unruhen ausgebrochen. Es kam zu Kämpfen zwischen den Aufständischen und der englischen Polizei, die durch indische Pundschab-Truppen unterstützt wurden, wobei 40 Rebellen den Tod fanden. Die Behörden haben daraufhin burmesische Schützenregimenter in die gefährdete Gegend entsandt.

## Aus der Schatzkammer des Archäologen

Neue wichtige Funde in Griechenland. — Xenophons Angaben werden bestätigt. — Die Etrusker auf Lemnos.

Von Hans Graf Gehrle.

Griechenland hat den Altertumsforschern bereits so viele Schätze an Kunstwerken jeder Art geschenkt, daß man glauben sollte, sein Boden habe allmählich alles, was er seit Jahrtausenden geborgen, hergegeben. Aber gerade die jüngste Zeit beweist, daß diese Annahme irrig, daß aus diesem klassischen Lande noch viel zu erwarten ist. So wurde erst vor wenigen Wochen eine ganze Schiffsladung spätgriechischer Reliefs aus dem trüben Wasser des Piräus heraus geholt. Aus der Tatsache, daß sie sämtlich einer Kunstperiode angehören, für welche das augusteische Rom ein besonderes Interesse an den Tag legte, hat man geschlossen, daß es sich um eine für Rom bestimmte Sendung handelt, die bereits an Bord eines Schiffes gebracht war und vor der Abfahrt mit diesem, wahrscheinlich infolge eines Brandes, unterging. Die Kunstwerke entstammen den ersten Jahrhunderten vor und nach Christus und zeigen den besonders geschmackvollen neu-attischen Stil.

So interessant dieser Fund auch ist, er wird weit übertroffen durch einen anderen, der hart an der griechischen Grenze nördlich des Adriatischen Meeres auf heute süditalienischen Gebiete gemacht wurde. Schon im letzten Kriegsjahre haben bulgarische Truppen hier zwei alte Gräber freigelegt, in denen sich auffallend große Mengen von griechischen Bronzen, Waffen und goldenen Zierarten befanden. An Ort und Stelle gefandte Sachverständige vermochten noch fünf weitere Gräber gleicher Art zu entdecken, doch unterblieben in den trüben Jahren der Nachkriegszeit weitere Nachforschungen. So viel war aber bereits klar, daß in jedem Grabe eine besonders hervorragende Persönlichkeit geruht haben mußte. Die neben den griechischen Kunstwerken gefundenen wenigen Gegenstände örtlicher Herkunft deuten darauf hin, daß die Abgeschiedenen illyrische Fürsten gewesen sind. Ihre Grabstätte bildet den am weitesten nach Norden vorgeschobenen Punkt, wo griechische Kultureinflüsse in einer im übrigen rein barbarischen Umgebung sich fühlbar gemacht haben.

Im vergangenen Winter sandte nun die Regierung zu Belgrad einige Archäologen unter Führung von Professor Bulitch zwecks weiterer Forschungen an den Adriatischen Meer. Es gelang den Gelehrten, noch ein achttes Grab mit einem so möglich noch reicheren Inhalt als die übrigen aufzufinden; besonders ein Bronzehelm mit Goldplattierung ist zu erwähnen, da er an Pracht der künstlerischen Ausführung wohl alle bisher aufgefundenen übertrifft. Vor allem widerlegt diese Entdeckung die auf alten Ueberlieferungen beruhende Annahme, daß die Bewohner dieser Teile des Balkans jeder Kultur bare Wilde gewesen seien.

Dagegen bestätigt ein bei Athen kürzlich gemachter Fund aufs schönste die Zuverlässigkeit des bekannten Historikers

## Durch die Rub' al Khali

Die erste Durchquerung der Großen Arabischen Wüste. Von Theodor Lindenstädt.

Mit seiner unlängst erfolgreich durchgeführten Reise von Dhufar am Indischen Ozean zu den Bahrein-Inseln im Persischen Golf, die ihn mitten durch die gefährliche Rub' al Khali (arabisch = leerer Raum), die Große Sandwüste im Süden Arabiens, führte, hat der Engländer Bertram Thomas sich mit in die erste Reihe der großen Forschungstreifenden unserer Zeit gestellt. Denn die Rub' al Khali gehörte bisher zu den unbekanntesten Teilen unseres Erdballs, sie war in ihrem Innern noch von keinem Fuß betreten worden.

Die Ankunft des Forschers in Dohah erfolgte für alle nicht Eingeweihten völlig überraschend, war der Plan zu dem Unternehmen wie die Abreise aus Dhufar doch völlig geheim gehalten worden. Diese Verschleierung seiner Absichten bildete für Thomas eine Vorbedingung zum Erfolg; denn die am Südrande der Großen Wüste lebenden Stämme widerstehen sich jedem Eindringen in ihr Gebiet, daher war auch Thomas schon im Januar letzten Jahres, als er bei einem ersten Versuch bereits weit nach Norden vordrang, zur Umkehr genötigt worden.

Außer den feindlichen Araberstämmen am Südrande der Wüste, deren Gebiet es möglichst unbemerkt zu durchziehen galt, drohten noch manche andere Gefahren dem fähigen Reisenden. Dahin gehörten die völlige Unfruchtbarkeit des zu durchziehenden Landes, sein Wassermangel, der nur durch seltene Regenfälle gemildert wird, und das Auftreten trügerischer Fließflüsse, wie er zuerst in Südarabien von dem deutschen Geographen von Webre beobachtet und auch von Thomas selbst auf einer früheren Reise festgestellt wurde. Daß dieser Fließfland sich auch in der Rub' al Khali findet, scheint außer Zweifel zu stehen.

Es ist nur natürlich, daß ein dem Eindringen jedes Menschen so feindliches Gebiet die Phantasie der umwohnenden Stämme stark angeregt hat. Daher erzählt man sich unter ihnen von blühenden Oasen im Innern einerseits, andererseits von alten Stadtrüinen, die unterm Wüstenrand vergraben liegen. Auch Gold soll vorkommen, was indes aus geologischen Gründen höchst unwahrscheinlich ist. Nicht ausgeschlossen bleibt dagegen die Möglichkeit, daß sich für den Archäologen höchst bedeutsame Inschriften, vielleicht in der uralten hünaritischen Sprache oder sogar noch ältere, finden, denn vor rund vier Jahrtausenden führten mehrere Handelsstraßen, die sich noch nachweisen lassen, durch diesen heute völlig unzugänglichen Teil Arabiens.

Ueber manche — wenn nicht alle — von diesen Fragen dürfte der demnächst zu erwartende eingehende Bericht des Engländers Aufschluß geben, der von der gesamten, für die hier in Frage kommenden Gebiete wissenschaftlich interessierten Welt mit Spannung erwartet wird.

## Ausbruch des Stromboli

II. Rom, 26. April. Der Vulkan Stromboli hat nach einem heftigen unterirdischen Grollen Aschenregen und Lava ausgeworfen. Die Bevölkerung wurde von Panik ergriffen und brachte die Nacht im Freien zu. In den umliegenden Feldern und Gärten hat der Stromboli Schaden angerichtet. Menschenleben sind nicht gefährdet. Der letzte Ausbruch ereignete sich im September 1930.

In der Umgebung von Pistoia wurde ein Stoßbeben wahrgenommen, das jedoch keinerlei Schaden anrichtete. In Prato verfesteten Erdstöße die Bevölkerung um die gleiche Zeit in Schrecken.

## Stadt auf Borneo durch Feuer zerstört.

Die Eingeborenen-Stadt Samarinda an der Ostküste von Borneo ist durch ein Großfeuer zerstört worden. In der Nähe von Samarinda strandete ein chinesischer Dampfer. 81 Menschen kamen dabei ums Leben.

Xenophon. Dieser meldet u. a. in seiner „Hellenika“, daß bei der Belagerung der Stadt durch Xsander im Jahre 403 v. Chr. zwei spartanische Polemarchen — Stabsoffiziere, wie wir heute sagen würden — namens Thibaracus und Chaeron gefallen seien. Nun wurde kürzlich auf dem Kerameikos, der alten Begräbnisstätte Athens, ein Massengrab mit 13 Skeletten freigelegt. Auf einem dazugehörigen Grabstein finden sich u. a. auch die Namen der beiden Spartaner mit der Bezeichnung als Polemarchen, deren sterbliche Reste mithin nach 2300 Jahren so gänzlich unerwartet wieder zum Vorschein gekommen sind.

Von besonderer Bedeutung, weniger für den Kunstfreund als für den Ethnologen, sind Entdeckungen, die italienische Archäologen in jüngster Zeit auf der Insel Lemnos gemacht haben. Man begreift schon seit einiger Zeit die Vermutung, daß diese Insel gewisse Aufschlüsse über die Herkunft des geheimnisvollen Volkes der Etrusker zu geben vermöge. Und zwar einmal auf Grund einer Stelle im Herodot, der Lemnos als noch zu seiner Zeit von Belasgern und Tyrhenern bewohnt, bezeichnet, dann vor allem, seit man vor einigen Jahren auf einen bemerkenswerten Grabstein aus dem sechsten Jahrhundert vor Christus gestoßen ist, mit einer Inschrift in griechischen Lettern, aber in einer völlig unbekannten Sprache. Nach eingehender Prüfung ist man sich heute darüber einig, daß es sich dabei um eine sowohl dem Hydriken als auch dem Etruskischen verwandte Mundart handelt. Die italienischen Gelehrten haben nun auf einer uralten Begräbnisstätte aus dem neunten Jahrhundert v. Chr. — also der Zeit, in der die Wanderung der Etrusker von Kleinasien nach Italien stattgefunden haben soll — einige höchst ungewöhnliche Funde gemacht. Darunter einige „Fiole“ aus Terrakotta, zylinderförmig und mit spiralförmigen Verzierungen, die, zumal in der Art, wie das Gefäß wiedergegeben ist, durchaus an frühetruskische Frauengestalten aus Terrakotta erinnern, andererseits aber ganz offensichtlich zu den aus Anatolien bekannten Figuren ähnlicher Art gehören. Auch einige Goldzierate in einer Bearbeitung, die man aus Lydien wie Etrurien kennt, weisen darauf hin, daß zwischen den Bewohnern beider Länder enge Zusammenhänge bestanden und daß die Etrusker auf ihrer Wanderung ihren Weg über Lemnos genommen haben müssen. Wenn die Grabstätten daneben auch noch Töpferarbeiten thrakischer Herkunft enthielten, so erklärt sich dies leicht durch die Tatsache, daß, wie wir wissen, Lemnos dies zeitweise eine gemischte Bevölkerung besaß, von der ein Teil thrakischen Stämmen angehörte, von denen eben auch Spuren auf die Nachwelt gekommen sind.

Die erwähnten Entdeckungen stellen nur einen kleinen, wenn auch den bemerkenswertesten Teil der Funde der letzten Zeit auf griechischem Boden dar, der schon so außerordentlich zur Bereicherung unserer Kultur beigetragen hat, aber für die Archäologen noch ungeahnte Schätze in noch gar nicht abgesehenen Mengen in seinem Schoße bereit halten dürfte.

## Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager wiedergewählt

Bei der gestrigen Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart ist der bisherige Oberbürgermeister Dr. h. c. Lautenschlager als Sieger hervorgegangen. Von 248 702 Wahlberechtigten haben 165 658 gleich 66,8 Prozent abgestimmt. Gültig waren 165 248, ungültig 410 Stimmen. Der bisherige Oberbürgermeister, Dr. Lautenschlager, der von den Sozialdemokraten, den Demokraten, dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, dem Christlichen Volksdienst und den Deutschen Nationalen unterstützt wurde, erhielt 115 178 Stimmen, der Kandidat der Nationalsozialisten, Hauptmann a. D. Stadtmann Dr. Strölin, für den sich auch die Volkspartei eingesetzt hatte, 25 814, und der kommunistische Kandidat, Reichstagsabg. Torgler-Berlin, 24 247 Stimmen. Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager, der im 63. Lebensjahr steht und bereits seit 1911 Stadtvorstand von Stuttgart ist, ist somit zum drittenmal zum Oberbürgermeister der württembergischen Landeshauptstadt gewählt worden. Seine neue Wahlzeit beträgt 15 Jahre. Die Wahl ist sehr ruhig verlaufen.

## Württembergischer Landtag

### Annahme des Gesetzentwurfes über den Staatshaushaltsplan im Finanzausschuß.

Der Finanzausschuß erledigte den Gesetzentwurf über die Feststellung des Staatshaushaltsplans für die Rechnungsjahre 1931 und 1932. Berichterst. Winkler (Soz.) berichtete über den Gesetzentwurf. Bei Art. 5 des Gesetzes, der von der Festsetzung der Steuerleistungen handelt, bespricht ein Redner des VB. nochmals die Holzpreise, die nur noch 75—80 Prozent der Vorkriegszeit betragen, und die daher eine andere steuerliche Einschätzung des Waldes erfordern. Ministerialrat Dünz erklärte demgegenüber, man müsse bei der Waldwirtschaft mit längeren Fristen rechnen; die russische Einfuhr werde doch einmal zurückgeschraubt werden müssen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag des VB., die Waldkataster auf 50 Prozent herabzusetzen, mit großer Mehrheit abgelehnt. Artikel 5 wird angenommen. Bei Art. 6 bekämpft der Berichterstatter den Regierungsentwurf, der die Steuerfreiheit (Gewerbesteuer) für den Württ. Kreditverein AG. gesetzlich sanktioniere. Ein Regierungsvertreter verteidigt den Entwurf; die Aktien des Kreditvereins seien in den Händen der Stadt Stuttgart bzw. der Girokasse und der öffentlichen Sparkassen. Der Kreditverein diene ausschließlich der württ. Wirtschaft. Finanzminister Dr. Dehlinger betonte, eine Änderung könne nur auf reichsgesetzlicher Grundlage eintreten. Der Art. 6 wird gegen 7 Neinstimmen angenommen (Soz., Komm. VB. und WVP. bei Stimmenthaltung eines Zentrumsabgeordneten). Bei Art. 7 entsteht eine längere Debatte über die Pensionierung des pensionfähigen Dienstalters auf 68 Jahre. Staatspräsident Dr. Volz betont, daß vor dem Krieg eine Höchstaltersgrenze überhaupt nicht bestanden habe. Die Pensionsaufhebung der Altersgrenze bedeute für die Beamten auch Vorteile. Die Regierung müsse aus Sparsamkeitsgründen auf der vorgesehenen Regelung bestehen. Die Rückficht auf den Beamtennachwuchs dürfe nicht von den Grundsätzen der Sparsamkeit abführen. Die Verwaltung sollte auch das Recht haben, Beamte mit 65 Jahren zu pensionieren. Würde das durchgeführt, könnte man auf das Höchstalter verzichten. Jetzt könne jeder Beamte die Pensionierung beantragen; nur die Verwaltung habe kein Mittel in der Hand, halbdienstunfähige Beamte mit 65 Jahren gegen deren Willen zu pensionieren. Ein Zentrumsredner wandte sich in längeren Ausführungen gegen die Darlegungen des Staatspräsidenten, der ganze Art. 7 sei zu streichen. Ministerialrat Föll führte aus, daß die Nettoverpachtung an Ruhegehältern mindestens 300 000 Mark pro Jahr betrage. Ein dem. Redner erklärt den Art. 7 für einfach unannehmbar. In der darauffolgenden Abstimmung wird ein Antrag Bauser, Winkler, Scheef, Pollich, Hartmann, Kling betr. Streichung des Art. 7 angenommen. Im übrigen wurde dem Etatsgesetz zugestimmt. Im Anschluß hieran erfolgte die Beratung von Beamteneingaben.

## Aus Württemberg

### Praktische Erziehungsarbeit an der Jugend.

Letzte Woche fand in Stuttgart im Sitzungssaal der früheren Ersten Kammer eine Besprechung über praktische Erziehungsfragen der Jugend statt, wie sie in dem von Konrad Dr. Wendler-Neutlingen gegründeten „Volksdienst“ verwirklicht werden sollen. An der Besprechung, die von Staatspräsident Dr. Volz eröffnet wurde, nahmen teil die Vertreter der Ministerien, der staatlichen und städtischen Behörden, der Industrie und Wirtschaft. In einem ausgedehnten Referat legte Dr. Wendler die Gedanken dar, die ihn zur Gründung seines Volksdienstes bestimmt hätten. Eine staatliche Arbeitsdienstpflicht könne schon deshalb nicht in Frage kommen, weil sie finanziell untragbar sei. Man müsse sich vorerst darauf beschränken, auf der Freiwilligkeit aufzubauen. Bei der Arbeit des Volksdienstes handle es sich in erster Linie um ein Erziehungsmoment, das die jungen, zum großen Teil unter der Erwerbslosigkeit leidenden Leute wieder einer Beschäftigung zuführe. Hier käme vor allem die Arbeit in der Landwirtschaft in Frage, wo praktische Siedlungsarbeit betrieben werden könne. Die Frage der Disziplin und der Finanzierung dieses Plans, die aus freiwilligen Beiträgen getätigt werden soll, spielt natürlich eine große Rolle. Man wolle aber endlich einmal, und zwar zunächst in Neutlingen, daran gehen, ein praktisches Exempel zu statuieren. Anfangs Juni d. J. soll ein solcher Versuch mit 50 Freiwilligen gemacht werden. Für jeden Teilnehmer werde Klarheit darüber bestehen, daß er sich durch seine Beteiligung

am Volksdienst aus der Masse der übrigen zum mindesten auf ideellem Gebiet heraushebe. Versprechungen zu machen, sei natürlich unmöglich. An der Aussprache über die Schaffung eines Volksdienstes in diesem Sinne, im allgemeinen und im besonderen, beteiligten sich eine Reihe von Persönlichkeiten, die zum Teil ihren Bedenken über diese Sache lebhaften Ausdruck verliehen. Im allgemeinen war man sich jedoch darüber klar, daß die Schaffung einer solchen Bewegung aus rein ideellen Gründen sehr zu begrüßen sei. Im selben Sinne äußerte sich der Staatspräsident Dr. Volz, der u. a. ausführte: Ausgangspunkt der ganzen Sache sei die herrschende Arbeitslosigkeit. Zweck des Volksdienstes sei u. a., die Arbeitslosen wegzubringen von der Straße und sie wieder mit einem anderen Geist zu erfüllen. Dieser Gedanke allein sei eines Versuches wert. Darüber dürfe man sich keiner Täuschung hingeben, daß das Problem von großer Tragweite sei und er halte es für wünschenswert, wenn einmal ein praktischer Versuch in Szene gesetzt werde. Ein gezieltes Arbeitsdienstjahr sei zur Zeit politisch und finanziell unmöglich. Wenn etwas geschehen soll, dann soll es von der Jugend selbst ausgehen. Zur Frage der landwirtschaftlichen Siedlung bemerkte er, daß man in Deutschland überhaupt keine Möglichkeit habe, die jungen Leute anders zu beschäftigen als mit landwirtschaftlicher Siedlungsarbeit. Im Osten könnten Hunderttausende von landwirtschaftlichen Siedlern untergebracht werden. Auf diese Weise werde das Industrie proletariat vermindert werden, was allerdings noch Jahrzehnte dauern könne. Man lege heute viel zu großen Wert auf die Schulbildung. Man solle der Jugend mehr mit Erziehungsarbeit als mit Politik kommen. Von diesem Gesichtspunkt aus sei die Arbeit Dr. Wendlers in ihren Grundgedanken lebhaft zu begrüßen und zu unterstützen.

### Wie man den Arbeitslosen und der Landwirtschaft gleichzeitig helfen könnte

Die Korrespondenz des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes für Württemberg und Hohenzollern schreibt: Wir haben schon wiederholt vorgeschlagen, daß der Absatz in der Landwirtschaft dadurch gesteigert werden sollte, daß den Arbeitslosen ein Teil ihrer Unterstützung in Naturalien gegeben würde. Diesen Gedanken vertritt auch Prof. Dr. Ernst Schulze, der Direktor des Weltwirtschafts-Instituts der Handels-Hochschule Leipzig in einem jetzt im Druck erschienenen Vortrag „Weltwirtschaftskrisis und deutsche Agrarnot“. Dori lesen wir: „Liegt der Gedanke allzu fern, daß angesichts der Not der deutschen Landwirtschaft einerseits und der Not unserer nunmehr 4 Millionen Arbeitslosen andererseits vielleicht beiden Teilen durch gewisse Maßnahmen gemeinsam geholfen werden könnte? Ist es wirklich unmöglich, dafür zu sorgen, daß deutsches Roggenbrot für die Arbeitslosen gebacken, daß ihnen deutsche Butter und deutsche Eier, vielleicht auch deutsches Obst geliefert werden? Es könnte nur von Vorteil sein, wenn ein Teil des Unterstützungsbetrages den Arbeitslosen nicht in Geld, sondern in Anweisungen auf Nahrungsmittel ausgehändigt wird. Lassen wir uns doch nicht durch die Namen Brotkarte, Butterkarte usw. schrecken! Nur davon müssen wir uns hüten, etwa neue Behörden zu diesem Zweck aufzubauen. Allein das ist auch gar nicht nötig, da genügend sachverständige Verteilungsstellen da sind.“ — Vielleicht geben die Berliner Brotpreisverhandlungen Anlaß, sich mit dieser für die gesamte Wirtschaft bedeutsamen Frage einmal ernstlich zu befassen.

## Aus Stadt und Land

Calw, den 27. April 1931.

### Strassen-Disziplin

Der Allg. Deutsche Automobilklub schreibt: Mit Eintritt des Frühjahrs nimmt nicht nur der Kraftverkehr lebhaft zu, auch der landwirtschaftliche Straßenverkehr mehrt sich in bedeutendem Maße. Die stärkere Inanspruchnahme der Landstraßen erfordert daher von jedem die genaue Einhaltung der Verkehrsvorschriften, um gegenseitige Reibereien auszuschalten, vor allem aber, um nicht unnötig erhebliche Gefahr heraufzubeschwören. Grundsätzlich ist die Forderung berechtigt, daß die landwirtschaftlichen Führer die rechte Straßenseite einhalten und mit Achtsamkeit ihr Gespann führen. Zwingen besondere Gründe (enge Kurve bei langer Ladung, starke Wölbung der Straße) ausnahmsweise die Mitte der Straße einzuhalten, so ist erhöhte Aufmerksamkeit notwendig. Es sei aber darauf hingewiesen, daß Ausweichpflicht nach wie vor besteht. Ein Nebel, das schon viele schwere Unfälle verursacht hat, ist das achtungslose Hineinstecken von Misthaufen und Heugabeln in die Ladung derart, daß sie weit nach hinten oder gar auf die linke Seite überragen. Der Beförderung von Ackergeräten ist in schmalen Straßen, in Ortsdurchfahrten aber auch auf freier Landstraße besondere Beachtung zu schenken. Daß des Nachts auf der Straße stehende bleibende Fahrzeuge beleuchtet werden müssen, und daß deren Deichsel entweder hochgeschlagen oder abgenommen werden muß, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit und doch wird gegen diese Vorschrift leider noch verhältnismäßig häufig verstoßen. Es ist nicht der Kraftfahrer allein, dem solche unbedeutende Hindernisse gefahrbringend sind, auch der Radfahrer, ja selbst der Fußgänger kann dadurch verunfallt werden. Wenn alle Kreise, die auf die Landstraßen angewiesen sind, in verständnisvoller Rücksichtnahme den Verkehr pflegen, so wird mancher Unfall und mancher Strafzettel vermieden.

### Generalversammlung der Molkerei-Genossenschaft Möttingen.

Vergangenen Sonntag hielt auf dem Rathaus die Molkerei-Genossenschaft Möttingen ihre zweite ordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Delßlänger eröffnete die Versammlung, wobei er feststellte, daß von 85 Mitgliedern 53 anwesend waren. (Die Mitgliederzahl mit 85 umfaßt sämtl. Möttinger Kuhhalter). Der Bericht des Vorsitzenden besagt, daß der Geschäftsgang im abgelaufenen Geschäftsjahr gut genannt werden kann. Angewiesen wurden 318 654 Liter Frischmilch. Davon wurden verkauft 253 068 Liter und der Rest verbuttert. Die Butter-Losbente beträgt 9 Proz. Wie schwierig es ist, einen ord-

neten und rentablen Geschäftsgang aufrecht zu erhalten, geht daraus hervor, daß in Zeiten der „Milchschwemme“ (z. B. im Mai 1930) die tägliche Anlieferung bis zu 1170 Liter betrug, im Juni noch ca. 800 Liter, um im Oktober auf 580 herunterzusinken und am Jahresabschluss den normalen Stand von 850 wieder zu erreichen! Die Mitglieder wurden ermahnt, gerade auch in Zeiten der Milchknappheit alles daranzusetzen, um mögliche Anlieferungs-Stabilität zu erreichen und das vereinbarte Frischmilch-Lieferjoll erfüllen zu können. Die vorgenommenen Milchproben haben nur ganz wenig Anstände gebracht, die restlos erledigt sind. Hierauf ermahnte der Vorsitzende zu weiterem treuem Zusammenhalten. Nach kurzer Aussprache über die nach der Geschäftsordnung angeordneten Strafen gibt Redner Gehl den Kassen-Bericht, indem er die Jahres-Rechnung mit Bilanz verlas. Es ist daraus zu entnehmen, daß der Bar-Umsatz 121 171 Mk., der Buch-Umsatz 563 370 Mk. beträgt. Bei einer Abschreibung an Immobilien und Maschinen von 3888 Mk. verbleibt noch ein Reingewinn von 815 Mk., welcher auf Vorschlag des Vorstands und Aufsichtsrats verteilt werden soll, wie folgt: Für Verzinsung der Geschäftsanteile der Mitglieder ca. 250 Mk., Betriebsrücklage 400 Mk., Reserve-Fonds 165 Mk. Der Wert der Immobilien, der Maschinen und des Mobiliars steht mit zusammen 10 000 Mk. zu Buch. Hierauf erriete der Vorsitzende des Aufsichtsrats seinen Bericht, in welchem er ausführt, daß die vorgenommene Revision durch Verbands-Revisor Schild nur zu kleinen formellen Anständen geführt habe, die mit heutiger Versammlung vollends erledigt werden. Auch die vom Aufsichtsrat vorgenommenen Prüfungen und Kontrollen haben keine Anstände ergeben. Sodann beantragte er Entlastung des Vorstands und Rechners. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag ohne Debatte einstimmig zu, bezugleich der vorgeschlagenen Gewinn-Verteilung. Die vom Verband landw. Genossenschaften herausgegebene Geschäfts-Ordnung für Molkerei-Genossenschaften, die jedes Mitglied im Besitz hat, wurde von der Generalversammlung einstimmig angenommen. Nach den Bestimmungen des § 24 des Statuts hätte der Rechner eine Kautions zu stellen. Laut Dienstvertrag haftet derselbe mit seinem ganzen Vermögen für einen der Genossenschaft durch seine Schuld entstehenden Schaden. Einstimmig wurde beschloffen, den Rechner in Anbetracht der bestehenden Verhältnisse von einer Kautions zu erlösen. Nach kurzer Aussprache bei Punkt Verschiedenes, die aber nichts Nennenswertes zutage förderte, konnte nach etwa einstündiger Dauer der Vorsitzende mit Worten des Dankes die schön verlaufene Versammlung schließen. G.

### Better für Dienstag und Mittwoch.

Infolge des nordwestlichen Tiefdruckes ist für Dienstag und Mittwoch immer noch unbeständiges, nur zeitweilig aufheiterndes Wetter zu erwarten.

\*

SB. Forzheim, 26. April. Gestern früh entzünd im Dachstuhl des Gasthauses zum Löwen in Würm ein Brand, der auf Stallung und Scheuer übergriff und die Oberteile der Gebäude, so weit sie aus Holz waren, vernichtete. Die Würmer Feuerwehr bekämpfte den Brand und schützte auch das benachbarte Haus vor dem Ueberspringen des Feuers. Da leere Streichholzschachteln vorgefunden wurden, glaubt man, daß Brandstiftung vorliegt. Ein Nachbar, der Goldarbeiter Speck, ist einstweilen in Haft genommen worden.

SB. Stuttgart, 26. April. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit nimmt der Kraftfahrzeugverkehr wieder bedeutend zu. Es besteht daher Veranlassung, die Kraftfahrzeugführer darauf aufmerksam zu machen, daß die Beamten der Verkehrsstreifen Stellung erhalten haben, der Bekämpfung des Lärms ihr besonderes Augenmerk zu widmen. Der mutwillige Lärm, insbesondere zur Nachtzeit, stellt eine grobe Rücksichtslosigkeit dar, gegen die unnachlässig eingeschritten wird. Fahrer, die sich in dieser Richtung verfehlen, haben zu gewärtigen, daß ihre Fahrzeuge sichergestellt und auf ihre Kosten einer eingehenden Nachprüfung auf das Vorhandensein ausreichender, schalldämpfender Mittel unterzogen werden. Gegen besonders rücksichtslose Fahrer wird mit der Entziehung des Führerscheins vorgegangen.

SB. Stuttgart, 26. April. Ueber 12 000 Kriegssopfer aus Württemberg und Hohenzollern, die dem Reichshund der Kriegsbefähigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen, Gau Württemberg und Hohenzollern, angehören, kamen heute in Stuttgart zusammen, um in 2 großen Kundgebungen in der Viederhalle und im Saalbau Dinkelacker gegen die von der Reichsregierung beschlossenen und noch geplanten Abbaumassnahmen auf dem Gebiet der Rentenversorgung der Kriegssopfer Protest zu erheben. Den Kundgebungen wohnten auch Vertreter von Behörden, sowie verschiedene Parteien bei.

SB. Horb, 26. April. Mit dem Einsturze der Ringmauer trat an die Stadt die Frage heran, wie der Schaden zweckmäßig zu beheben sei. Dem Gemeinderat Horb, der sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte, lagen verschiedene Anregungen vor. Die billigste Art, Ordnung zu schaffen, wäre der Verzicht auf die Wiederaufmauerung und dafür lediglich eine Anhöfung des Geländes. Die kostspieligste Form des Wiederaufbaues eine Aufmauerung in Stampfbeton bis zur alten Höhe mit einem veranschlagten Kostenaufwand von 9800 RM. Dazwischen liegt eine dritte Möglichkeit, nämlich die neue Mauer nur bis zur teilweisen Höhe der alten aufzuführen und den oberen Teil als Böschung anzulegen. Diese Arbeit, für die im Plenum die meisten Sympathien fand, würde für etwa 6500 RM. ausgeführt werden können. Der Gemeinderat beschloß, zunächst einmal den Rat des Landesamts für Denkmalspflege einzuholen.

SB. Tübingen, 26. April. Letzte Woche ist auf dem „Rapp“ ein Waldbrand ausgebrochen, der sich auf etwa 4—5 Morgen junge Kultur ausdehnte. Teilweise ist auch älterer Bestand vom Feuer ergriffen worden. Der Schaden dürfte sich auf 500—600 RM. belaufen.

# Turnen und Sport

Spielergebnisse vom Sonntag

Fußballsport.

Fußball-Länderspiel Holland — Deutschland 1:1.  
 FC. Calw — Sp. B. Nagold 1:3.  
 Sportverein Remmingsen Jug. — Sp. Bgg. Teinach-Lavel-  
 heim Jug. 0:2 (0:1); Remmingsen 2. — T.-S. 1. 1:2 (1:2); T.S.  
 Würtzbad 1. — T.-S. 2. 3:2.

Handballspiele.

Handball-Städtepiel Berlin — Wien 9:7.  
 T.S. Calw 1. — T.S. Kottenburg 1. 3:6; T.S. Calw 2. —  
 T.S. Kottenburg 2. 2:1.

Das Deutsche Turnfest 1933

Die Stadt Stuttgart zeigt in den Räumen des Ausstel-  
 lungsgebäudes am Interimsplatz eine Ausstellung u. a. von  
 Modellen und Plänen für die Ausgestaltung des Wagens,  
 wo bekanntlich das Deutsche Turnfest 1933 abgehalten werden  
 soll. Die Bauabteilung des Gemeinderats hat mit den Archi-  
 tekten Prof. Dr. Bonag und Schöler einen Plan ausgearbei-  
 tet, nach dem die Hauptkampfbahn auf die nördliche Seite  
 zwischen die verlängerte Werner-Mercedes-Straße und die  
 Bahnanlagen verlegt worden ist. Dieser Plan hat die Zu-  
 stimmung des Gemeinderats und der Deutschen Turnerschaft  
 gefunden und wird nun die Grundlage bilden für die Wajen-  
 gestaltung im Zusammenhang mit dem Turnfest und auch für  
 die spätere Verwendung des Wagens. Als Daueranlagen sind  
 dabei nur die Hauptkampfbahn und der nordwestlich derselben  
 parallel zur Werner-Mercedes-Straße laufende Verwal-  
 tungsbau gedacht. Alle übrigen Anlagen tragen nur provi-  
 sorischen Charakter, sie werden nach dem Turnfest wieder be-

seitigt werden. Für die Bemessung der Kampfbahn sind nach-  
 schlaggebend: Das große Spielfeld mit den Abmessungen  
 70:105 Meter, sowie die um das Spielfeld herum zu legende  
 Höhenlaufbahn mit 400 Meter, die Ankleiderung der Bahnen  
 für den 100-Meter-Lauf und für den 110-Meter-Hürdenlauf,  
 ferner die Bahnen für den Weit- und Stabhochsprung und  
 die Flächen für den Hochsprung, Kugelstoßen, Speer und Dis-  
 kuswerfen; jedoch die an die Zahl der Zuschauerplätze ge-  
 stelltem Anforderungen, die bei dem jetzigen Projekt auf rund  
 35 000 bemessen wurde, wovon etwa 6000 Tribünen- und  
 offene Sitzplätze, das übrige Stehplätze sind. Bei dieser Größe  
 der Kampfbahn kann jede Art von Spielen durchgeführt wer-  
 den. Als Form der Kampfbahnanlage ist eine Nordbogenform  
 gewählt.

Die Verkehrsabwicklung anlässlich des Turnfestes ist an  
 einem besonderen Verkehrsplan dargestellt, dessen Grund-  
 gedanke darin gipfelt, Verkehrsüberschneidungen so weit als  
 möglich zu vermeiden und den Auto-, Straßenbahn- und Fuß-  
 gängerverkehr möglichst auseinander zu halten. Die Stadt  
 stellt sich auf einen Besuch des Turnfestes von rund 250 000  
 Fremden ein.

## Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Börse.

StG. Stuttgart, 26. April. Die Börse hatte am Wochen-  
 ende ruhiges Geschäft bei nachlassenden Kursen.

R. E. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 25. April.  
 Edeläpfel 30—45; Kartoffeln 5—6; Kopfsalat 15—30;  
 Blumenkohl 50—60; gelbe Rüben 8—10; Karotten 1 Bund  
 35; Zwiebel 9—11; Gurken, große 40—70; Kettische 15—25;  
 Monatsrettiche 1 Bund 10—20; Schwarzwurzeln 30—35;  
 Spinat 18—25; Rhabarber 15—20; Kohlraben 20—30.

Calwer Wochenmarkt.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt  
 wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffel 6 Mark der Zent-  
 ner, Spinat 35, Blaukraut 15—25, Weißkraut 20, gelbe Rüben  
 12, rote Rüben 15, Tomaten 80, Zwiebel 15, Kapsel 45 je das  
 Pfund; Blumenkohl 70, Kopfsalat 30—35, Lauch 5 Pf. je das  
 Stück. Kettische 25—30 der Bund; Tafelbutter 1,85, Landbutter  
 1,60 Mark das Pfund; frische Eier 9 Pf., Kisseneter 10 Stück  
 80—100 Pfennig.

Viehpreise.

Munderlingen: Pferde 1650, Kühe 160—380, Kalb-  
 420—650, Rinder 100—300, Schen 480—500, Farren 315 bis  
 500 M. — Rottweil: Kräftige Arbeitspferde 700—1250, ältere  
 Pferde 300—500, schwere Schlachtopfer pro Paar 1250 bis  
 1500, jüngere 800—950, trüchtige Kühe 400—600, Wurffüße  
 180—200, trüchtige Kälbinnen 450—690, Jungarinder 100  
 bis 450, Milchkühe 300—420, Zuchtfarren 500—850 Mark.

Schweinepreise.

Balingen: Milchschweine 10—18 M. — Crailsheim: Läu-  
 fer 53—56, Milchschweine 14—21 M. — Giengen a. Br.:  
 Saugschweine 11—20, Läufer 30—35 M. — Hall: Milch-  
 schweine 14—20, Läufer 25—30 M. — Herrenberg: Milch-  
 schweine 14—21, Läufer 34 M. — Marbach a. N.: Milch-  
 schweine 12—20 M. — Münsingen: Milchschweine 13—20 M.  
 — Dehringen: Milchschweine 15—25 M. — Rottweil: Milch-  
 schweine 9—17 M. — Schönbach: Milchschweine 9—18 M. —  
 Trofingen: Milchschweine 10—12 M.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und  
 Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Ver-  
 teilerkosten in Zuschlag kommen. Die Schriftl.

## Amtl. Bekanntmachungen

Stadtgemeinde Calw

### Straßensperre.

Am Montag, den 27. April 1931, ist die Hof-  
 und die Bahnhofstraße zwischen Postamt und Hotel  
 Adler aus Anlaß der Neupflasterung für Fahrzeuge  
 aller Art gesperrt. Diese werden über die Lederstraße  
 und Badstraße geleitet.

Calw, den 25. April 1931.

Bürgermeisteramt: Götner.

### Stadtgemeinde Nagold

Nächsten

Donnerstag, den 30. April ds. Js.

findet hier



Krämer-, Vieh-,  
 Schweine-  
 sowie Frucht-Markt

statt, wozu eingeladen wird.

Der Fruchtmarkt am 2. Mai fällt aus.

Nagold, den 25. April 1931.

Bürgermeisteramt.

### Ugenbach

Die hiesige

### Felderjagd

etwa 60 ha Fläche wird am  
 Donnerstag, 30. April nachmittags um 6 Uhr auf  
 dem Rathaus auf 6 Jahre verpachtet.

Gemeinderat.

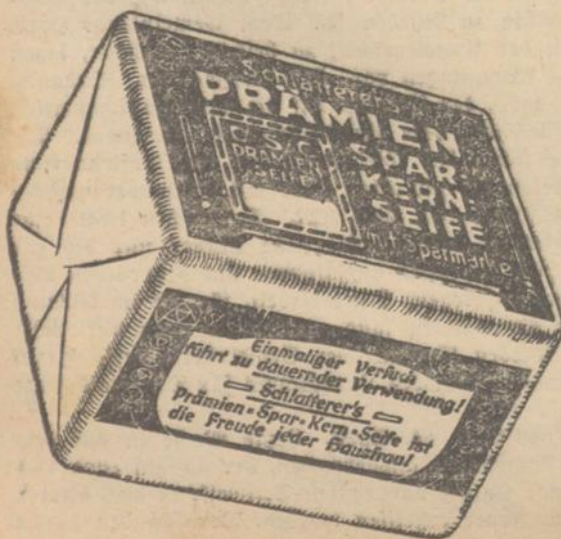
Besonderer Umstände halber verkaufe ich nur diese  
 Woche zu Anschnapppreisen

1 geb. Chaiselongue bereits neu  
 2 Sofa aufgearbeitet und neu überzogen  
 2 neue Sofa (mit kl. Fehler am Stoff)  
 sowie 2 neue Chaiselongue  
 zwei 3 teilige Wollmatrizen  
 1 Bettlade mit Kofst u. Keil (um 22 Mk.)

Ich empfehle bei dieser Gelegenheit mein Lager in neuen  
 Polstermöbeln zu zeitgemäßen Preisen.

Fr. Hennefarth, Tapeziermeister.

Billig, sparsam und gut ist:



Überall erhältlich, Ladenpreis 20 Pfg.

Calw, den 26. April 1931

## Todesanzeige



Unsere liebe Mutter und Großmutter

Frau Christiane Benninger, geb. Weiß

durfte heute nach langer Krankheit zur ewigen Ruhe eingehen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Musikdirektor Frank.

Beerdigung Dienstag nachmittag 3 Uhr.

Bad Liebenzell

Im Wege der

### Zwangs- vollstreckung

versteigere ich am Diens-  
 tag, den 28. ds. Mts.  
 vorm. 10 Uhr gegen bare  
 Bezahlung:

1 Divan mit Stoffbezug  
 und 1 Grammophon  
 Zusammenkunft b. Rathaus  
 Gerichtsvollzieher  
 beim Amtsgericht Calw.  
 Dyingemach.

Guter Verdienst!

Durch die

Edelfarb-  
 Seidenanzucht  
 können Sie je nach Größe  
 der Zucht und Alter der  
 Maulbeerpflanzen  
 in 6 Wochen  
 300 bis 400 Mark

verdienen. Bei Staffeljüd-  
 ten mehr. Einführungs-  
 drucksachen gegen Rückporto  
 kostenlos.

Seidenbau - Zentrale  
 F. W. Klein  
 Dilsleben i. Thür.

## LUGER

### Einlege- Eier!

Frische schwere  
 Steirer

100  
 Stk. 8.10  
 bei  
 Riffe 7.90

Stinitt  
 Staliener

100  
 Stk. 8.50

Zustellung frei Haus  
 Tel. 254.

Brenn- und  
 Birkenhaarwasser  
 für Haare und Haarboden  
 Flasche Mk. 1.50 bei  
 K. Otto Vinçon, Calw.

Concordia  
 Calw

Frauenchor  
 heute Abend  
 im Lokal.

Männerchor  
 Donnerstag Abend im  
 Bad. Hof.

### Bruteier

von dunkelroten Rhode-  
 länder und bunten Suffeg  
 aus erstklassigen Zuchtschä-  
 men, hohe Legeleistung, alle  
 Eier über 60 g. Per Stück  
 ab heute 40 Pf. gibt laufend  
 ab

Rhodeländerfarm  
 Schmid, Dachtel

Annahme für Verchromung  
 Koffreimachen von Messern,  
 Gabeln, Löffeln.

Heinrich Widmann  
 Weinsteig 1

Dieselbst werden Messer,  
 Scheren usw. geschliffen und  
 Sägen gefeilt.



## Frühjahrsübungen 1931

der  
 Freiwilligen Feuerwehr Calw.

### Einzelübungen:

1. Zug am 30. April, 4., 8. und 11. Mai.
  2. Zug am 29. April, 5. und 11. Mai,
  3. Zug am 4. und 11. Mai,
  4. Zug am 4. und 11. Mai,
  5. Zug am 7. und 12. Mai,
  6. Zug am 29. April und 11. Mai,
- je abends 7/8 Uhr. Anzug: Gurt und Mütze.

### Hauptübung

am Montag, den 18. Mai, abends 8 Uhr  
 in voller Ausrüstung mit nachfolgender

### Hauptversammlung

bei Gottlob Weiß, Badstraße.

Das Kommando: Wochele.

## Württ. Volksbühne

Montag, 4. Mai, Bad. Hof-Saal

### „Weh dem, der lügt“

Lustspiel in 5 Akten von Grillparzer  
 Anfang 8 Uhr Ende 10<sup>30</sup> Uhr

Karten zu RM. 3.—, 2.50 und 1.50  
 im Vorverkauf in der Buchhandlung Häußler  
 und an der Abendkasse.

## Gebt für die Württ. Nothilfe!

Schluß der Sammlung am 1. Mai

Sammelstellen: Die Calwer Banken, die Ober-  
 amtssparkasse und deren örtliche Agenturen.

Suche für sofort

## kaufmännischen Lehrling

Gründliche Ausbildung wird geboten.

Julius Zimmermann,  
 Metall- u. Holzwarenfabrik, Weilberstadt.

An verkehrsreicher Lage im Zentrum der hiesigen  
 Stadt sind

## Barterre-Räume

für gewerbliche Zwecke

äußerst günstig zu vermieten.

Die Räume eignen sich besonders für die Einrichtung  
 irgend einer Verkaufsstelle oder für die Niederlegung  
 eines Handwerksbetriebs. Schriftliche Angebote unter  
 B. 3. 95 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.